

Schluss mit den „Reformen“ gegen uns!

Gemeinsam gegen Massenentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg!

Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 03. Juni 2006 in Berlin

Die deutschen Regierungen sind seit Jahren Motoren in Europa, die Massenentlassungen, Verarmung, Abbau sozialer Grundrechte, Arbeitnehmerrechte zugunsten der Profitinteressen der europäischen Konzerne vorantreiben.

Sei es die Verabschiedung des „Stabilitäts- und Wachstumspaktes“ (Lissabon 2000) auf europäischer Ebene, oder sei es die Verabschiedung der „Agenda 2010“ mit den Hartz-Gesetzen auf nationaler Ebene: Überall wird das Ziel verfolgt, den größten Sozialabbau seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs durchzuführen. In Deutschland soll dies nach dem Willen des Kapitals u.a. mit der systematischen Absenkung der Löhne um bis zu 30 % und der entsprechenden Absenkung der Arbeitslosenunterstützung erreicht werden. Die Große Koalition aus Union und SPD plant eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre, eine Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung, die Verlängerung der Probezeit auf zwei Jahre und den Ausbau von Kombilöhnen. Gleichzeitig sollen Erwerbslose einer schikanösen Kontrolle unterworfen werden, bei erwerbslosen jungen Erwachsenen werden die Unterhaltspflichten der Eltern ausgedehnt, und die Rentenversicherungsbeiträge von Alg II-Beziehenden werden halbiert. Damit die Gewinnsteuern weiter gesenkt werden können, soll die Mehrwertsteuer erhöht werden. Öffentliche Ausgaben für Bildung, eine soziale und kulturelle Infrastruktur werden weiter in den Keller gehen.

Wenn es darum geht, Profite zu maximieren, werden der Abbau demokratischer Rechte, soziale Ausgrenzung und Diskriminierung von Millionen sowie ökologische Katastrophen bewusst in Kauf genommen.

Dagegen wehren wir uns!

Wir sehen explodierende Gewinne bei Unternehmen, die gleichzeitig den massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen in ihren Bilanzen als Erfolg verzeichnen.

Dagegen wehren wir uns!

Die Europäische Union hat - in Aktionseinheit mit Arbeitgebern, Konzernen und Regierungen - versucht, die sog. "Bolkestein-Richtlinie" durchzusetzen. Ziel dieses "Herkunftslandprinzips" ist grenzenloses Dumping von Löhnen, Sozial- und Umweltstandards. Auch wenn diese Pläne durch Widerstand von unten in einigen Bereichen zunächst gestoppt worden sind, so ist das "Herkunftslandsprinzip"

Wir wehren uns gemeinsam gegen Massenentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg am 3. Juni in Berlin!

dennoch - sprachlich neu ummäntelt - europäisches Gesetz geworden. Es droht, bei der nächsten Schwäche des Widerstands, erneut zur Gänze in Anschlag gebracht zu werden.

Dagegen wehren wir uns!

Mit großer Sorge verfolgen wir die Debatte um den Einsatz der Bundeswehr im Innern. Umfassender Kontrolle und Überwachung sowie der Verletzung der Persönlichkeitsrechte wird so ein weiteres Drohpotential hinzugefügt.

Gleichzeitig beteiligt sich die Bundesregierung an den massiven Kriegsdrohungen gegenüber dem Iran bis hin zur Akzeptanz eines atomaren Einsatzes. Damit wird die Militarisierung der Weltpolitik unter dem Vorwand des „Antiterrorkrieges“ fortgesetzt.

Dagegen wehren wir uns!

Wir fordern den sofortigen **Stopp** der **Umverteilung** von Unten nach Oben. Dies geht nur mit einer radikalen Abkehr von der bisherigen Sozial- und Wirtschaftspolitik, deshalb fordern wir konkret:

- Ein gesetzlicher Mindestlohn von wenigstens 10 € pro Stunde.
- Ein ausreichendes, garantiertes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen ohne Arbeitszwang und Bedürftigkeitsprüfungen; im 1. Schritt die Erhöhung des Arbeitslosengeldes II auf mindestens 500,- € plus volle Kosten der Unterkunft.
- 30-Stundenwoche bei vollem Lohn und Personalausgleich, statt Arbeitszeitverlängerung!
- Die sofortige Rücknahme der Agenda 2010 und der Hartz-IV Gesetze. Keine Zwangsumzüge!
- Ein einheitliches und bedarfsdeckendes Gesundheits- und Sozialsystem
- Einheitliche Sozialstandards auf hohem Niveau in ganz Europa.
- Die sofortige Rücknahme aller Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.
- Den uneingeschränkten Zugang zu und den Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen ohne Studiengebühren und Eliteuniversitäten.
- Den sofortigen Stopp der geplanten Privatisierungen öffentlichen Eigentums und der Sozialversicherungssysteme.
- **Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen.**
- **Stopp aller Kriegsvorbereitungen!**

Mit der bundesweiten Demonstration am 03.06.2005 knüpfen wir an die großen Mobilisierungen gegen den sozialen Kahlschlag der letzten 2 Jahre an.



www.protest2006.de

Das Bochumer Sozialforum unterstützt diesen Aufruf.

Sonderzug nach Berlin: Abfahrt ca. 6.00 Uhr - Bochum HBF.

Fahrkarten kosten 30 Euro (ermäßigt 16 Euro). Infotelefon: 0234-579 678 75

Alle Infos zum Sonderzug, Vorverkauf und aktuelle Abfahrzeiten: www.bo-alternativ.de

